

Presseinformation

Stellungnahme zum Entwurf der EU-Kommission für Kriterien zur Produktion von kohlenstoffarmem Wasserstoff

Wasserstoff-Erzeugung muss auf breiter Basis erfolgen

Brüssel, 28. Oktober 2024 – Für den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft sind kohlenstoffarme Gase unverzichtbar: Sie weisen derzeit niedrigere Gestehungskosten als grüner Wasserstoff auf. Zudem können sie signifikant zur Deckung der benötigten H₂-Mengen beitragen und so die Abhängigkeit von Importen reduzieren. Zu kohlenstoffarmen Gasen zählt auch sogenannter blauer, aus Erdgas mittels Dampfreformation erzeugter Wasserstoff. Die EU hat nun Kriterien für die Produktion dieser Gase vorgelegt. Danach müssen sie eine mindestens 70-prozentige Produktion kohlenstoffarmprozentige CO₂-Reduktion gegenüber fossiler Energie erreichen. So soll sichergestellt werden, dass sie deutlich klimafreundlicher sind als ihre fossilen Äquivalente.

„Der von der EU-Kommission vorgelegte Entwurf berücksichtigt neben der Elektrolyse weitere Verfahren zur Herstellung kohlenstoffarmen Wasserstoffs. Das begrüßen wir ausdrücklich. Denn auch die Dampfreformierung in Kombination mit der Abscheidung und Speicherung beziehungsweise Nutzung des Kohlenstoffs ebenso wie die Pyrolyse sind geeignete Technologien, die den CO₂-Fußabdruck gasförmiger Energieträger senken. Damit wird eine solide Basis für Investitionen in diese Technologien geschaffen. Nun kommt es darauf an, dass unter diesen Bedingungen Planungssicherheit gewährleistet wird - auch dann, wenn gesetzliche Neuerungen greifen. Dazu zählen zum Beispiel die Anpassung der Kalkulationsbasis für die Methanemissionsverordnung, die für 2027 geplant ist, des fossilen Referenzwertes zur Bestimmung des 70-Prozent Kriteriums oder die Einführung eines Global Warming Potential-Wertes für Wasserstoff. Wir halten daher einen Bestandsschutz für Projekte, bei denen eine Investitionsentscheidung vor möglichen Änderungen in den Regulatorien getroffen wurde, für zwingend notwendig“, erklärt Prof. Dr. Gerald Linke, Vorstandsvorsitzender des DVGW, anlässlich der Entwurfsveröffentlichung letzten Freitag.

Der delegierte Rechtsakt ist eine wesentliche Grundlage für den aufstrebenden Wasserstoffmarkt. Seine Finalisierung und

Verabschiedung durch die Kommission soll noch in diesem Jahr erfolgen.
Der DVGW hat eine Stellungnahme dazu veröffentlicht:

Link zur Stellungnahme: [DVGW e.V.: DVGW-Stellungnahme vom 24.10.2024](#)

Auf EU-Ebene engagiert sich der DVGW im Europäischen Komitee für Normung (CEN) sowie in den Verbänden Marcogaz, Hydrogen Europe und Eurogas. Zudem unterstützt er die Forschungsinitiativen European Research Institute for Gas and Energy Innovation (ERIG) und Hydrogen Europe Research.

Weitere Informationen:

Publikation „Wasserstoff verkleinert den CO₂-Fußabdruck – auf vielen Wegen“ [h2-verkleinert-co2-fussabdruck-dvgw.pdf](#)

Kontakt:

Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

presse@dvgw.de
www.dvgw.de

Hauptgeschäftsstelle
Josef-Wirmer-Straße 1-3, 53123 Bonn

Büro Berlin
Robert-Koch-Platz 4, 10115 Berlin

Lars Wagner
Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit /
Pressesprecher
Telefon: (030) 79 47 36 – 64

Sabine Wächter
Pressesprecherin
Telefon: (0228) 91 88 - 609

Der **Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW)** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen rund 14.000 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftenergieträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral. Mit neun Landesgruppen und 62 Bezirksgruppen agiert der DVGW auf lokaler sowie überregionaler Ebene und ist in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Themen mit bundesweiter oder europäischer Dimension werden durch die Hauptgeschäftsstelle in Bonn mit Büros in Berlin und Brüssel abgedeckt.